



Council of the
European Union

Brussels, 17 April 2020
(OR. en, de)

7392/20

FRONT 99
COMIX 165

NOTE

From: Austrian delegation

To: Working Party on Frontiers/Mixed Committee
(EU-Iceland/Liechtenstein/Norway/Switzerland)

Subject: Prolongation of the temporary reintroduction of border controls at the Austrian internal borders in accordance with Articles 25-27 of the Regulation (EU) 2016/399 on a Union Code on the rules governing the movement of persons across borders (Schengen Borders Code)

Delegations will find attached a copy of a letter received by the General Secretariat of the Council on 17 April 2020 regarding the prolongation of the temporary reintroduction of border controls by Austria at its internal borders between 12 May and 11 November 2020.

Karl Nehansmer, MSc
Bundesminister

Bundesministerium für Inneres
ministerburo@bmi.gv.at
Herrengasse 7, 1010 Wien, Österreich

IK 003726 2020
17.04.2020

Wien, 16. April 2020

Herr
Margaritis SCHINAS
Vizepräsident der
Europäischen Kommission
1049 Brüssel
BELGIEN

Frau
Ylva JOHANSSON
EU-Kommissarin für Inneres
1049 Brüssel
BELGIEN

Herr
David SASSOLI
Präsident des
Europäischen Parlaments
1049 Brüssel
BELGIEN

Herr
Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN
Generalsekretariat des Rates
1049 Brüssel
BELGIEN

An die
Innenministerinnen/Innenminister
der EU und Schengener-Vertragsstaaten

Binnengrenzkontrollen

Sehr geehrter Herr Vizepräsident der Kommission!
Sehr geehrte Frau Kommissarin!
Sehr geehrter Herr Präsident des Europäischen Parlaments!
Sehr geehrter Herr Generalsekretär des Rates!
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die österreichische Bundesregierung hat die Entwicklungen der letzten Monate im Bereich der Migrationsbewegungen Richtung Europa, der Sekundärmigration im Schengen-Raum und im Hinblick auf die jüngsten Vorkommnisse an der griechisch-türkischen Grenze eingehend beobachtet.

Aufgrund des nach wie vor hohen Migrationsdrucks, der weiterhin volatilen Migrationssituation auf verschiedenen Routen und im Umfeld der EU sowie der zunehmenden Aktivität von Schlepperbanden, kommt die österreichische Bundesregierung zu dem Schluss, dass die Lage nach wie vor nicht ausreichend stabil ist.

Die Entwicklungen an der zentralen und der östlichen Mittelmeerroute geben Anlass zur Sorge. An diesen Routen war zuletzt eine bedeutende Steigerung der Ankünfte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Die Verschlechterung der Sicherheitslage in Nordwestsyrien – die Feuerpause in Idlib wird nach wie vor nicht eingehalten, knapp eine Million Binnenvertriebene befinden sich in der Region, hunderttausende Menschen halten sich im syrisch-türkischen Grenzgebiet auf – könnte verstärkte Migrationsbewegungen in die Türkei und weiter in die EU bewirken.

Im Lichte der aktuellen Entwicklungen in der Türkei, in Griechenland und am Westbalkan ist nicht zu erwarten, dass sich kurzfristig eine signifikant positive Änderung der Lage ergeben wird.

Die angespannte Situation an der griechisch-türkischen Grenze und der damit einhergehende enorme Druck an der EU-Außengrenze bleiben weiterhin bestehen. Der gezielte Erpressungsversuch seitens der Türkei Richtung EU auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten und entsprechende Äußerungen türkischer Entscheidungsträger lassen eine potenzielle Zunahme dieses Migrationsdrucks nach einer entschärften COVID-19-Situation vermuten.

Die volatile Situation in der Türkei hat bereits vor Beginn der jüngsten Ereignisse an der EU-Türkei-Grenze zu steigenden Ankünften an der östlichen Mittelmeerroute und zu einer massiven Überlastung der griechischen Inseln geführt. Die Verlegung von Migrantinnen und Migranten von den griechischen Inseln auf das griechische Festland lässt erwarten, dass der

2 von 4

Druck via die Balkanrouten auf Mitteleuropa und Sekundärmigration im Schengenraum zunehmen wird.

Auch die Situation auf dem Westbalkan bleibt äußerst angespannt, das Migrationspotenzial in dieser Region ist unverändert hoch: im Jahr 2020 (Stichtag 15.03.2020) wurde bei Aufgriffen in der Balkanregion bereits eine Steigerung von rund 220 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verzeichnet. Migrantinnen und Migranten weichen vermehrt über Serbien sowie Rumänien aus, um ihre Reise weiter in den Schengen-Raum fortzusetzen. Zudem bedingen aktuelle Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Krise (v.a. Grenzsicherungen), dass Migrantinnen und Migranten in den Staaten des Westbalkans stranden. Es kann daher von einem Anstieg des Migrationsdrucks bei Entspannung der Situation und erneuter Grenzöffnung ausgegangen werden.

Darüber hinaus bestehen grundsätzliche Defizite beim Außengrenzschutz weiter. Neben einem krisenfesten Asylsystem ist dies eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen, um die Freizügigkeit im Inneren des Schengen-Raums wieder herzustellen.

Da die Lage an den Außengrenzen der Europäischen Union nach wie vor nicht ausreichend stabil ist und der Außengrenzschutz nicht ausreichend funktioniert, besteht auch weiterhin eine kriminelle und terroristische Bedrohung, zumal gerade terroristische Akteure die Migrationsströme für ihre Bewegungen und Operationen nutzen können. Diese latente Bedrohung durch den Terrorismus in der gesamten Europäischen Union gebietet entsprechende Kontrollen, um der Einreise potentieller Gefährder vorzubeugen. Insbesondere Schlepperorganisationen könnten den Verzicht auf Binnengrenzkontrollen als falsches Signal verstehen und ihre Aktivitäten intensivieren.

Die von der Europäischen Kommission empfohlene Intensivierung polizeilicher Kontrollen und bilateraler Kooperationsmaßnahmen in den Grenzgebieten wird ausdrücklich begrüßt und ist in Österreich mit allen Nachbarstaaten seit Jahren gelebt und bewährte Praxis, wodurch es möglich ist, flexibel zu agieren. Allerdings sind diese Instrumentarien kein ausreichender Ersatz für temporäre Binnengrenzkontrollen.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie dienen Grenzkontrollen als ein wirksames Mittel, um die unkontrollierte Verbreitung des Virus zu verhindern. Die fortschreitende Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus könnte zudem einen zusätzlichen Schub-Faktor für Migrationsbewegungen darstellen.

Ich habe daher auf Grundlage der Artikel 25 bis 27 der Verordnung (EU) 2016/399 (Schengener Grenzkodex) entschieden, für sechs Monate bis einschließlich 11. November 2020 Binnengrenzkontrollen an den österreichischen Landesgrenzen zu Ungarn und Slowenien durchzuführen.

3 von 4

Das Bestreben, perspektivisch zu einem Raum ohne Kontrollen an den Binnengrenzen zurückzukehren, wird ausdrücklich unterstützt. Wann dies möglich ist, bleibt der Entwicklung der Gesamtlage vorbehalten.

Österreich wird weiterhin die Kontrollmodalitäten so gestalten, dass diese der Bedrohungslage gegenüber verhältnismäßig sind und den grenzüberschreitenden Reise- und Warenverkehr möglichst wenig beeinträchtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Karl Nehammer

4 von 4

Internal border controls:

Dear Vice-President of the Commission!
Dear Commissioner!
Dear President of the European Parliament!
Dear Secretary-General of the Council!
Ladies and gentlemen!

The Austrian federal government has closely monitored the developments of the past months in the area of migration towards Europe and secondary migration in the Schengen area, taking into account the latest events at the Greek-Turkish border.

Due to the continuing high migration pressure and the continuing volatile migration situation on various routes and within the EU, as well as the increasing activity of human trafficking, the Austrian Federal Government concludes that the situation is still not sufficiently stable.

Developments in the central and eastern Mediterranean routes are cause for concern. These routes have recently seen a significant increase in arrivals compared to the same period last year. The deterioration of the security situation in north-western Syria - the ceasefire in Idlib is still not being respected, there are almost a million internally displaced people in the region, hundreds of thousands of people stay in the Syrian-Turkish border area - could cause intensified migration movements to Turkey and further into the EU.

In light of the current developments in Turkey, Greece and the Western Balkans, it is not to be expected that the situation will change in a significantly positive way in the short term.

The tense situation at the Greek-Turkish border and the associated enormous pressure at the EU's external border remain. Turkey's targeted attempt to blackmail the EU on the back of migrants and corresponding statements by Turkish decision-makers, suggest a potential increase in this migration pressure after the COVID-19 situation will be defused.

The volatile situation in Turkey had led to increasing arrivals on the eastern Mediterranean route and a massive congestion of the Greek islands even before the latest events on the EU-Turkey border began. The transfer of migrants from the Greek islands to the Greek mainland is expected to increase the pressure via the Balkan routes to Central Europe and secondary migration in the Schengen area will increase.

The situation in the Western Balkans also remains extremely tense; the migration potential in this region still remains high: in 2020 (cut-off date March 15, 2020) apprehensions in the Balkan region already showed an increase of around 220% compared to the same period last year. Migrants are increasingly changing their route via Serbia and Romania to continue their journey into the Schengen area. In addition, current measures to combat the COVID 19 crisis (especially border closures) might cause that migrants get stranded in the countries of the Western Balkans. It can therefore be assumed that the migration pressure will increase once the situation will be less tense and the border is opened again.

In addition, fundamental shortcomings in external border protection continue to exist. In addition to a crisis-resistant asylum system, this is the basic prerequisite for restoring the free movement of the Schengen area

As the situation on the external borders of the European Union is still not sufficiently stable and the external border protection does not function adequately, there continues to be a criminal and terrorist threat, especially since terrorist actors in particular can use the migratory flows for their movements and operations. This latent terrorist threat across the European Union requires adequate controls to prevent entry of persons that can potentially pose a threat. Trafficking organizations could understand the absence of internal border controls as a wrong signal and intensify their activities.

The intensification of police controls and bilateral cooperation measures in the border areas recommended by the European Commission is expressly welcomed and has been practiced and consolidated in Austria with all neighboring countries for years, which allows flexible action. However, these instruments are not a sufficient substitute for temporary internal border controls.

Given current developments related to the spread of the COVID-19 pandemic, border controls are an effective measure to prevent the virus from uncontrolled spreading. The progressive spread of the novel corona virus could in this regard be an additional push factor for migration movements.

I have therefore decided, on the basis of Articles 25 to 27 of Regulation (EU) 2016/399 (Schengen Borders Code), to carry out internal border controls at the Austrian national borders with Hungary and Slovenia for six months up to and including November 11, 2020.

The effort to return to an area without any controls at the internal borders is expressly supported. The feasibility of this purpose will depend on the development of the overall situation.

Austria will continue to assess the control modalities for proportionality to the threat level so that they affect cross-border travel and goods traffic as little as possible.